



Die Federal Emergency Management Agency (FEMA) steht unter starkem Druck – und möglicherweise vor tiefgreifenden Veränderungen. Während sie sich mit den verheerenden Waldbränden in Kalifornien und den Folgen des Hurrikans Helene in North Carolina herumschlägt, plant Donald Trump eine Neuausrichtung der Behörde. Doch was bedeutet das für die Zukunft der Katastrophenhilfe in den USA?

## Eine Behörde im Kreuzfeuer

Seit Jahren steht FEMA an vorderster Front, wenn Naturkatastrophen Gemeinden verwüsten. Doch Trump übte kürzlich in einem Interview mit Sean Hannity scharfe Kritik: „FEMA hat in den letzten vier Jahren versagt“ und „kommt bei allem nur in die Quere“. Solche Aussagen werfen nicht nur Fragen zur tatsächlichen Leistungsfähigkeit der Behörde auf, sondern auch zu Trumps Absichten, die Strukturen und Zuständigkeiten von FEMA grundlegend zu ändern.

Besonders konservative Stimmen fordern seit Langem, die finanzielle Verantwortung für Katastrophen stärker auf die Bundesstaaten abzuwälzen. Auch Trump deutete an, dass der Föderalstaat die Unterstützung für Kalifornien zurückhalten könnte, solange das Wassermanagement des Bundesstaates nicht überarbeitet werde. Solche Pläne stoßen jedoch auf breite Kritik, nicht zuletzt bei ehemaligen FEMA-Mitarbeitern.

## Gefährliche Fehlinformationen

Einige Vorwürfe gegen FEMA basieren auf Halbwahrheiten und Fehlinformationen. So behaupteten konservative Kritiker, Hurrikan-Opfer in North Carolina hätten lediglich 750 Dollar Entschädigung erhalten – eine Summe, die lediglich als Soforthilfe für unmittelbare Notfälle gedacht war. Die Verbreitung solcher Mythen hat jedoch dazu geführt, dass die öffentliche Stimmung gegenüber FEMA rauer wird. Es gab sogar Befürchtungen, dass FEMA-Mitarbeiter ins Visier extremistischer Gruppen geraten könnten.

## Ein neuer Chef, viele Fragen

Mit Cameron Hamilton, einem ehemaligen Navy SEAL ohne tiefgehende Erfahrung im Katastrophenmanagement, hat Trump einen Interimsadministrator für FEMA eingesetzt. Hamiltons bisherige Arbeit konzentrierte sich vor allem auf Sicherheitsfragen, insbesondere an der Südgrenze der USA. Dass er jetzt eine so wichtige Behörde leitet, sorgt für Unruhe – besonders in einer Zeit, in der Erfahrung und Expertise dringend gebraucht werden.



## Ein konservativer Masterplan

Ein Blick in „Project 2025“, einen konservativen Plan für Trumps potenzielle zweite Amtszeit, offenbart drastische Vorschläge: FEMA könnte aus dem Heimatschutzministerium ausgegliedert und in andere Behörden wie das Innenministerium integriert werden. Zudem sieht der Plan vor, die Formel zu ändern, mit der bestimmt wird, wann und in welchem Umfang Bundesmittel für Katastrophen gewährt werden. Besonders kleinere Katastrophen würden die Bundesstaaten finanziell stärker belasten, da die Erstattungsrate auf 25 % der Kosten sinken könnte.

Aber wäre eine solche Reform wirklich sinnvoll? Kritiker wie Michael Coen, ehemaliger FEMA-Stabschef, warnen vor einer Spaltung der Nation in „Gewinner“ und „Verlierer“. Die Bundesregierung müsse allen Amerikanern in Notsituationen gleichermaßen zur Seite stehen – unabhängig vom Wohnort.

## Die Kostenfrage

Die jüngsten Katastrophen haben die finanziellen Ressourcen von FEMA stark beansprucht. Allein die Brände in Kalifornien gehören zu den teuersten Naturkatastrophen in der Geschichte der USA. Zwar hatte der Kongress erst kürzlich 100 Milliarden Dollar für den Katastrophenfonds bereitgestellt, doch viele befürchten, dass diese Summe angesichts zunehmender Extremwetterereignisse nicht ausreichen wird.

## Was steht auf dem Spiel?

Während die Debatte um FEMA an Fahrt aufnimmt, bleibt eine zentrale Frage offen: Können die USA es sich leisten, die Katastrophenhilfe zu dezentralisieren, wenn Naturkatastrophen immer häufiger und zerstörerischer werden? Die Antwort darauf könnte nicht nur über die Zukunft von FEMA entscheiden, sondern auch darüber, wie viele Menschenleben bei künftigen Katastrophen gerettet werden.

Vielleicht sollten wir uns daran erinnern, was Katastrophenhilfe wirklich bedeutet – Nachbarn helfen Nachbarn, der Staat schützt seine Bürger. Und wer sollte besser verstehen, dass man Menschen in ihrer dunkelsten Stunde nicht allein lassen darf, als eine Nation, die sich so sehr auf Zusammenhalt und Solidarität beruft?